

**Rede
der stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprecherin für
Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale
Entwicklung**

Immacolata Glosemeyer, MdL

zu TOP Nr. 39

Abschließende Beratung

**a) Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands
verurteilen - Freiheitskampf des ukrainischen Volkes
unterstützen!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/307

**b) Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands
verurteilen - Freiheitskampf der Ukraine weiterhin
unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen - Drs. 19/1537 -

während der Plenarsitzung vom 22.06.2023
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Eilers!

Ich freue mich sehr, dass es doch zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist. Sie wissen, dass wir sehr häufig miteinander telefoniert, die ausgefeilten Texte miteinander ausgetauscht und sogar bis gestern noch Ihre Änderungsvorschläge mit aufgenommen haben. Insofern, glaube ich, haben wir hier unser Allerbestes gegeben, um wirklich auch ein starkes Zeichen zu setzen. Dafür möchte ich mich auch noch einmal bei Ihnen bedanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Nacht des 6. Juni wurde der Kachowka-Staudamm in der Ukraine zerstört. Russland soll dafür verantwortlich sein. Die Folge ist, dass die südliche Ukraine mit Wassermassen unkontrolliert überflutet wurde, Wassermassen, die 100-mal mehr Volumen haben, als die größte Talsperre in Deutschland fasst.

Die Auswirkungen dieser Überschwemmungen sind katastrophal. Das Trinkwasser ist stark verunreinigt, die Menschen verlieren durch die verheerende Überflutung ihr Zuhause, und die Getreidefelder, die in etwa 10 Prozent der weltweiten Produktion ausmachen, sind entweder geflutet, verschlammt oder trocknen aus. Ernteauffälle und Nahrungsmittelknappheit sind dort unausweichlich. Davon sind auch viele afrikanische Länder betroffen, die schon jetzt durch die erschwerten Lieferbedingungen aufgrund des Krieges unter der Nahrungsmittelknappheit leiden.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn Russland dafür verantwortlich sein sollte, ist Putin zu einer Kriegsführung der verbrannten Erde übergegangen und nimmt zivile Ziele bewusst ins Visier. Ich bin der Europäischen Union und der Bundesregierung sehr dankbar, dass sie unmittelbar über das Programm rescEU Hilfe geleistet haben.

Auch das THW sowie viele weitere deutsche Hilfsorganisationen sind momentan vor Ort und helfen dabei, Menschen aus der Region Cherson zu evakuieren und Wasser aufzubereiten.

Auch hier zeigt sich: Die Solidarität ist groß. Vielen Dank an die vielen Unterstützerinnen und Unterstützer!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jede Unterstützung, die wir geben können, ist wichtig, um die Ukraine so zu stärken, dass sie auch in die Lage versetzt wird, bei möglichen Friedensverhandlungen auf Augenhöhe zu verhandeln. Deshalb haben wir gemeinsam mit der Landesregierung vieles, was Sie in Ihrem Antrag gefordert haben - deswegen mussten wir uns neu abstimmen -, schon lange auf den Weg gebracht. Das ist uns auch im Ausschuss durch die Anhörung noch einmal deutlich geworden.

Hier nur einige Punkte dazu:

Das Land Niedersachsen hat in einer gemeinsamen Kraftanstrengung und durch die Mittelverteilung durch den Nachtragshaushalt mit 472 Millionen Euro gemeinsam mit den Kommunen die Aufnahme von mehr als 100.000 Personen aus der Ukraine organisiert. Es waren überwiegend Frauen und Kinder, die jetzt ein neues Zuhause gefunden haben. Diejenigen, die unter Krieg am meisten leiden, sind die Kinder. Durch den Handlungsleitfaden des Kultusministeriums ist sichergestellt, dass sie die bestmögliche Unterstützung bekommen, um ihre Traumata zu überwinden.

Wir haben darüber hinaus die Beziehungen zu den Partnerregionen Perm und Tjumen ruhen lassen, weil sich zum aktuellen Zeitpunkt eine wie auch immer gelagerte Zusammenarbeit verbietet.

Die im Haushalt freiwerdenden Mittel der internationalen Zusammenarbeit werden schon jetzt für die Förderung ukrainischer Projekte zur Verfügung gestellt.

Wir Niedersächsinen und Niedersachsen leisten nicht nur humanitäre Hilfe. In Munster beispielsweise werden ukrainische Soldaten an modernen Kampfpanzern ausgebildet. Deutschland leistet neben den USA die größte Unterstützung - humanitär, finanziell, militärisch sowie politisch. So wie Bundeskanzler Scholz schon auf dem EU-Gipfel deutlich machte, wird die Bundesregierung Unterstützung so lange leisten, so lange es eben nötig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu gehört, dass wir die Landesregierung bitten - jetzt komme ich zu unserem Antrag -, die so wichtige Unterstützung der Ukraine in dieser sehr entscheidenden Phase nicht abbrechen zu lassen, dass wir einen Beitrag leisten, die begangenen Kriegsverbrechen zu dokumentieren, und uns dafür einsetzen, dass eine lückenlose Aufklärung sowie Ahnung erfolgen können. Die Verantwortlichen für diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir als Land Niedersachsen wollen noch in diesem Jahr eine Solidaritätspartnerschaft mit einer ukrainischen Region nicht nur anstreben, sondern auch umsetzen und die Kommunen dabei unterstützen, dementsprechend auch Partnerschaften einzugehen. Meine Kollegin sprach darüber. Über den Nachtragshaushalt hinaus wollen wir langfristig die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich verurteilen wir - und zwar alle Mitglieder meiner Fraktion - eine Relativierung der russischen Aggression durch ehemalige und amtierende Volksvertreterinnen und -vertreter, und zwar aufs Schärfste.

Bei der AfD gehe ich nur auf einen Punkt aus ihrem Antrag ein:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ... für die weitere militärische, finanzielle und politische Unterstützung der Ukraine die Bedingung gestellt wird, dass die ukrainische Seite glaubhaft ihre Bereitschaft zu Verhandlungen und Friedensgesprächen erklärt und dass dieses auch von Russland eingefordert wird“.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich empfinde diese Forderung als eine Frechheit gegenüber dem ukrainischen Volk.

Glauben Sie ernsthaft, dass der Präsident Selenskyj seine Bürgerinnen und Bürger an die Front und somit in den möglichen Tod schickt, ohne dass er darüber nachdenkt, Frieden für sein Land einzufordern, und diplomatischen Gesprächen natürlich offen gegenüberzustehen? Es ist aber an der ukrainischen Regierung, zu entscheiden, wann, wo und unter welchen Bedingungen mögliche Friedensverhandlungen stattfinden können.

Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.